



# Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) Web: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)  
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



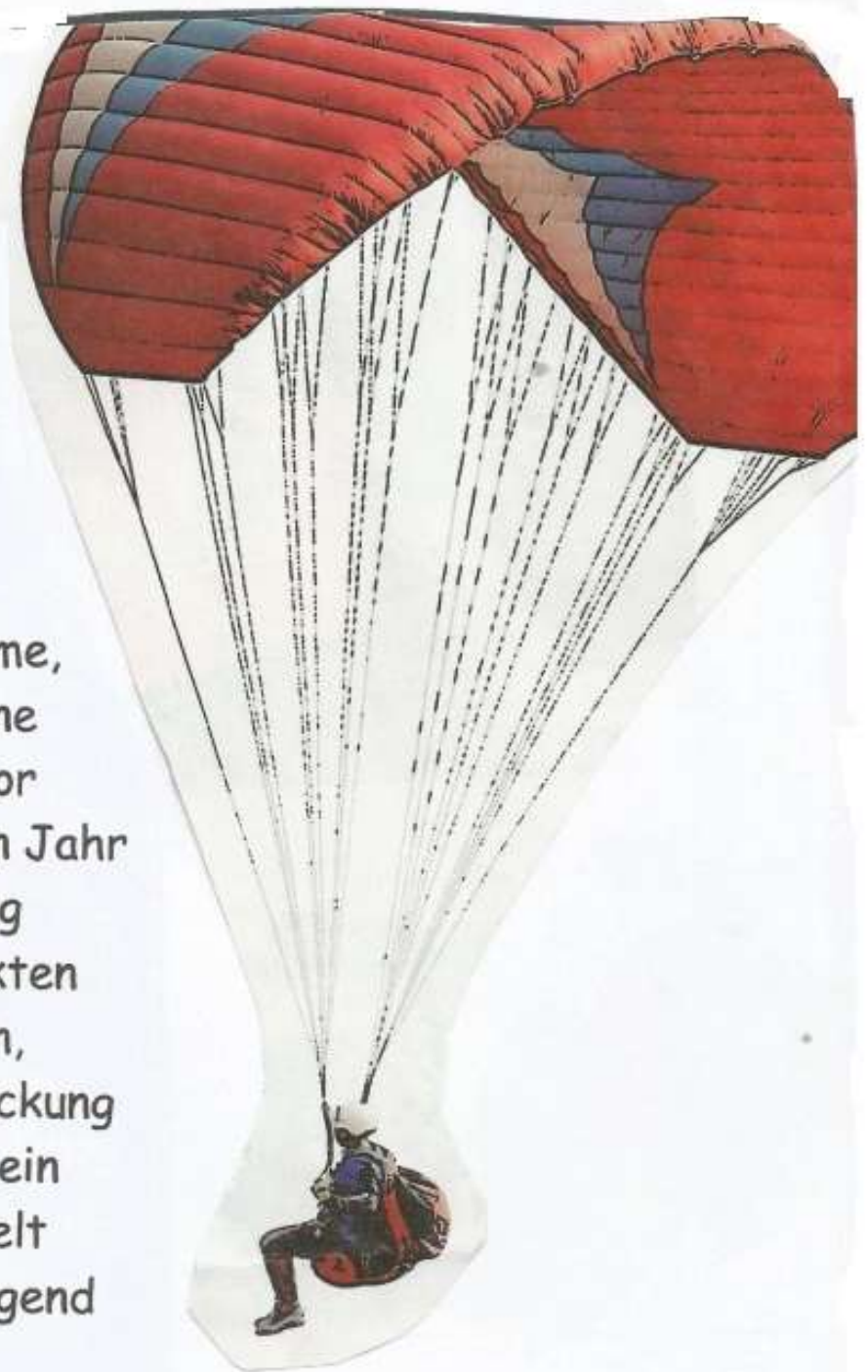
[www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

Nr. 4 / Dezember 2023

[www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

Liebe Kolleg\*innen!

Erlauben wir uns  
in den kommenden  
Feiertagen ein paar  
Höhenflüge und Träume,  
einige Visionen für eine  
lebbare Zukunft, bevor  
wir uns im kommenden Jahr  
mit einer Punktlandung  
wieder den Brennpunkten  
dieser Welt zuwenden,  
um Not und Unterdrückung  
anzuprangern und um ein  
neues Bild für die Welt  
vorzustellen, das dringend  
vonnöten ist!



# WHO-Pandemievertrag

Schon lange vor der Pandemie sind solche Bestrebungen der WHO und ihren Sponsoren dazu im Gange. Mit der Pandemie bekamen die milliarden-schweren Drahtzieher (B. Gates und weitere Superreiche) Rückenwind und ließen unsere Politikmarionetten richtig tanzen und uns alle zahlen. Die geplante Umsetzung des neuen **Pandemie-regelwerks bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO)** sollen im Mai 2024 alle WHO-Mitgliedsländer ratifizieren und dabei verpflichtet werden, alle von der WHO angeordneten Maßnahmen umzusetzen. Dies betreffe nicht nur weltweit angeordnete Lockdowns, Quarantänemaßnahmen, Reisebeschränkungen, Impfwänge, Durchsetzung digitaler Impfausweise, Versammlungsverbote und andere Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, sondern auch die übernationale Vereinheitlichung von Zensurmaßnahmen bei abweichenden Meinungen.

**Im Oktober fand dazu in Berlin der Weltgesundheitsgipfel 2023 statt**, 4.000 Teilnehmer:innen aus rund 100 Ländern trafen in Berlin zusammen. Teils von öffentlichen Geldern, aber zur Hälfte auch von Konzernen und deren Stiftungen finanziert, maßgeblich von der Pharma- und der IT-Branche. Pfizer, Johnson & Johnson, Abbott, Siemens Healthineers, die Bill and Melinda Gates Foundation, Youtube Health sowie die Impflobbyorganisation Cepi, welche wiederum maßgeblich von der Stiftung des Microsoft-Gründers Bill Gates finanziert wird. Weitere Finanziere sind u.a.: Roche und Gilead, der deutsche Pharmaverband vfa, die Rockefeller Foundation und der Wellcome Trust. Nach Einschätzung des Wirtschaftsjournalisten Norbert Häring (<https://norberthaering.de/lebenslauf/>) wird über die Hälfte der Konferenzkosten von Geldgebern mit direktem kommerziellem Interesse finanziert. Der per Video zugeschaltete WHO-Generalsekretär Tedros Ghebreyesus hat gleich in seiner Eröffnungsansprache verkündet, er sei „*sehr beunruhigt, dass die Verhandlungen über das Pandemieabkommen stocken*“. Anscheinend liege das daran, so Häring, dass der WHO-Pandemievertrag die Autonomie ärmerer Länder zu sehr beschneiden würde und daran, dass die reichen Länder bzw. deren Pharmakonzerne im Pandemiefall keinerlei Einschränkung von Patentrechten akzeptieren wollten. Ohne private Eigentumsrechte an Patenten werde der Pandemievertrag nicht umgesetzt, machte der deutsche Gesundheitsminister Lauterbach klar. Denn schließlich sei es „**Teil unserer DNA, dass wir internationale Eigentumsrechte brauchen ...**“.

Damit sind ihm die Eigentumsrechte, also die Profite der Pharmakonzerne, wichtiger als die Gesundheit der ärmeren Menschen und Länder.

Ein weiteres Thema des „Lehren aus Covid-19“-Panels sei die Bewältigung der „Desinformation“ gewesen. Man befinde sich in Bezug auf die „Desinfor-

mation“ inzwischen in einer schwierigeren Lage als vor der Pandemie, habe Lauterbach festgestellt und gewarnt: „*Die Fehlinformationspandemie, die jetzt weit verbreitet ist, ist eine ständige Pandemie.*“

Teil der Zensurstrategie sei die Etablierung eines „**weltweiten Netzes von Wahrheitswächtern.**“

Um die Meinungshoheit zu festigen, forderte Christian Drosten auf der Konferenz zudem die Erstellung von Listen mit „zuverlässigen“ Wissenschaftlern. Nur diese „zuverlässigen“ Akademiker sollten sich zu einschlägigen Fragen äußern dürfen.

Ja, die WHO und die UNO versuchen scheinheilig vor der armen Mehrheit der Weltbevölkerung das Gesicht zu wahren und verlangen im Bedarfsfall die Lockerung der Patentrechte. In der Realität sind sie jedoch auch in den Händen der obgenannten Superreichen Konzernlobbys mit denen gemeinsam auch die Kennzeichnung und Registrierung jedes Erdenbewohners unter der UNO-Agenda „Digitale ID“ angestrebt wird.

## Digitale ID – ein weiterer Plan der Superreichen

Nach der Vorstellung der UNO soll der Einzelne damit sein Recht auf Rechtsfähigkeit nur durch die ihm zukünftig zugeordnete digitale ID ausüben können. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die UNO die digitale ID wieder entziehen oder sperren kann, wenn jemand im „Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen“ handelt. Die UNO sieht sich selbst befugt, die Menschenrechte und die Umstände zu definieren, unter denen die Menschenrechte gegebenenfalls massiv eingeschränkt werden können. Menschenrechte werden als politisches Instrument bezeichnet, um auf Krisen, wie etwa „*pandemische Lagen von nationaler Tragweite*“, angemessen reagieren zu können. Menschenrechte wären dann nicht mehr unveräußerliche Rechte, sondern Privilegien, die gewährt und entzogen werden können. Über eine digitale ID könnten sogar für jeden Menschen bequem und individuell Rechte aktiviert oder deaktiviert werden. Zum Beispiel könnten dann für Flüchtlinge innerhalb oder außerhalb von Lagern jeweils eigene „Menschenrechte“, sprich Gefängnisordnungen, definiert werden. Vor diesem Hintergrund sind Datenschutz und Menschenrechte leere Worte.

„Schöne neue Welt“, also Kurs auf weltweiten, multinationalen Überwachungsstaat durch Konzerne ist voll angelaufen! Unsere Politmarionetten spielen dabei ehrgeizig mit und alle Fakten und Fußnoten, die wir hier angeführt haben, würden nach dem „weltweiten Netz von Wahrheitswächtern“ wohl schon unter Verschwörungstheorien fallen.

- + [Internationaler Vertrag zur Pandemieprävention – Wikipedia](#)
- + [Der WHO-Pandemievertrag schürt Lockdown-Ängste - Inland - derStandard.at](#) › Inland; + [Pandemievertrag mit der WHO \(10309/J\) | Parlament Österreich](#)
- + [WHO legt neuen Vertrag zur Bekämpfung von Pandemien vor – EURACTIV.de](#)
- + [WD-2-004-22-pdf-data.pdf \(bundestag.de\)](#)

# Die Katastrophe von Gaza

Wir verurteilen den Angriff der Hamas auf Israel. Wir verurteilen die jahrzehntelange Apartheidpolitik Israels gegenüber dem palästinensischen Volk. Diese Politik Israels gegen das palästinensische Volk verursachte und verursacht unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung, Hass und Gegenhass. Wir sind solidarisch mit der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung, aber nicht mit deren Regierungen.

Die israelische radikal-religiöse Rechtsregierung und die militärische Führung wussten Tage vorher von einem geplanten Anschlag der Hamas. Alleine eine rechtzeitige Information der Weltöffentlichkeit über das Hamas-Vorhaben hätte eine ganz andere Entwicklung, jedenfalls nicht diese Eskalation gebracht. Warum hat Israels Regierung zugewartet?

Österreich als immerwährend neutrales Land muss darauf hinwirken, dass Gewalt und Krieg sofort gestoppt werden und eine noch größere humanitäre Katastrophe als sie schon seit Jahrzehnten in Gaza besteht verhindert wird. Einseitige Parteinahme für Israels faschistoid-rechtsreligiöse Regierung dient nicht dem Abbau von Aggression, Konflikt, Gewalt, Krieg und Friedensfindung, sondern gießt im Gegenteil noch mehr Öl ins Feuer – und produziert und verstärkt das, was angeblich verhindert und bekämpft werden soll: alter wie neuer Antisemitismus.

In der Folge versuchen wir kurz Hintergründe, Nutznießer und Verlierer dieses über sieben Jahrzehnte anhaltenden und immer wieder explodierenden kriegesrischen Konfliktes bis hin zur jetzigen Gaza-Katastrophe zu sichten und einzuordnen.

## Gazastreifen

Wir lehnen Gewalt gegen Zivilisten seitens der Hamas oder Israels entschieden ab.

Der Hamas Angriff auf Israel an seiner Gaza Grenze am 7. Oktober 2023 mit ca. 1200 Toten auf Seiten Israels hat einen Aufschrei der Empörung von der US-Regierung und einigen europäischen Staaten, darunter auch Österreich und Medien in der westlichen Welt hervorgerufen. Mit dem Hamas Angriff hat Israel darauf einen Vernichtungsfeldzug auf Gaza durch Luftbombardements und Einmarsch von Bodentruppen gerechtfertigt. Am 28.10. 2023 wurde über die UNO-Resolution für eine humanitäre Waffenruhe abgestimmt. Von den 180 stimmberechtigten Staaten waren 120 dafür, 45 enthielten sich der Stimme und 15 Staaten, darunter Israel und Österreich, stimmten dagegen. Israel rechtfertigt sein Vorgehen damit, ausschließlich auf den Hamas-Terror zu reagieren, die Hamas in Gaza sei eine Terrororganisation.

Seit Jahrzehnten behaupten Israel und die USA samt dem Großteil der westlichen Medien, beim Vorgehen gegen die Palästinenser handle es sich ausschließlich um Selbstverteidigung. Israel sei die

einzigste Demokratie im Nahen Osten, doch die Behandlung der Palästinenser durch Israel spricht eine andere Sprache. Gaza wurde von Israel fast 40 Jahre (1967 bis 2005) besetzt gehalten, dann an die Palästinenser zurückgegeben und ab 2007 von der Hamas regiert. Israel kontrolliert nach wie vor die Außengrenzen Gazas, außer der südlichen Grenze zu Ägypten. Was Gaza betrifft, so sagte z.B. der ehemalige Leiter von Caritas-Jerusalem, Pater Raed Abushalia im Jahr 2017 im Interview mit Radio Vatikan, es sei „das größtes Freiluft-Gefängnis der Welt“. (1) Gaza hat 360 km<sup>2</sup>, 2,3 Millionen Einwohner, d.h. ca. 6000 Einwohner/ pro km<sup>2</sup>. Gaza ist ca. 40 km lang und zwischen 6 km bis 12 km breit.

Die „Jüdische Stimme Deutschland“ schrieb am 10. Okt. 2023 u.a.: „16 Jahre Blockade, Mangel an sauberem Wasser, Strom, medizinischer Versorgung sowie regelmäßige Bombenangriffe haben Gaza zu einem Pulverfass gemacht. Gaza gilt laut UN seit 2020 als unbewohnbar. Was nun geschehen ist, glich einem Gefängnisausbruch, nachdem die Insassen zur lebenslangen Haft verurteilt wurden, nur weil sie Palästinenser:innen sind. Die israelische Regierung hat eine Kriegserklärung abgegeben, doch der Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung dauert schon 75 Jahre. Vertreibung, Bombardements, Verhungern, Verdursten, Beschränkung von Essen, Strom, Wasser – das sind die Wurzeln der Gewalt“. (2) Von den 2,3 Millionen Palästinensern im Gazastreifen sind ca. eine Million Kinder und Jugendliche.

„Terrorismus ist beabsichtigte Gewalt gegen Zivilisten um ein politisches Ziel zu erreichen“.

Nach dieser Definition ist die Hamas eine Terrororganisation und wird vom Westen als solche eingestuft. Doch „genau diese Taktik verwendet Israel seit seiner Gründung und praktiziert sie bis heute“. (3) Demnach betreibt Israel nach dieser Definition auch Terrorismus – ist Israel ein Staatsterrorist.

Israel ist eine Besatzungsmacht. Eine Besatzungsmacht hat kein Recht auf Verteidigung des illegalen Besatzungszustandes wohl aber die Besetzten auf die Bekämpfung desselben. (4) **(UNO-Resolution 45/13. 1990)**. Am 7. Oktober hat die Hamas mehr als 200 Zivilisten als Geisel genommen. Das ist zu verurteilen. Jedoch wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Israel hält ständig zwischen 5.000 und 10.000 gekidnappte palästinensische Zivilisten gefangen, sie nennen sie nicht Geiseln, sondern Häftlinge, darunter auch zahlreiche Frauen und Kinder.

## Kurzer Abriss der Geschichte des Gaza-Kriegs

Machthaber verfolgen seit der Staatsgründung die Pläne eines Groß-Israel. Groß-Israel beinhaltet Gaza und das Westjordanland, also die zentralen

Lebensräume der Palästinenser, aus denen sie Israel vertreiben will, um sie sich einzuverleiben. Maßgebliche israelische Politiker haben bei der Staatsgründung, nach dem UN-Teilungsbeschluss von 1947, verkündet, die festgelegten Grenzen nicht zu respektieren und ihr Territorium vom Mittelmeer bis zum Jordan zu erweitern. So hat z.B. der spätere Ministerpräsident Menachem Begin einen Tag nach dem Teilungsbeschluss der UNO erklärt, „dass die Zerstückelung des Landes ein Verbrechen ist...“ Menachem Begin weiter: „Die Teilung von Palästina ist illegal. Wir werden sie nie anerkennen. Jerusalem war und wird immer unsere Hauptstadt sein. Groß-Israel wird dem israelischen Volk wieder zurückgegeben. Das ganze Land. Für immer.“ (1947) (5) Auch Ben Gurion, Israels Staatsgründer, erklärte 1947, dass Israel letztlich das ganze Land, „sei es durch Gewalt oder andere Mittel annectieren werden“. (6) Israel hat als der einzige Staat der Welt bis heute seine Außengrenzen nicht festgelegt. Seine Mächtigen haben nie Abstand davon genommen, Israels Territorium zu erweitern. Israels Regierung spricht nach wie vor den Palästinensern das Recht auf einen Staat in den von der UNO festgelegten Grenzen ab und raubt deren Land. Die UNO sprach 1948 den Palästinenser:innen 45% des Landes zu. Bis heute hat Israel weitere 34% geraubt. 11% bieten sie den Palästinensern als ‚Fleckerlteppich‘ an. Einen Palästinenser-Staat lehnen sie strikt ab.

Laut UNO leben außerhalb der palästinensischen Gebiete in Israel 5,9 Millionen Palästinenser:innen im Exil, größtenteils in Camps in Jordanien, Syrien und im Libanon.

### **Westjordanland und Ostjerusalem**

Israels Landraub-Politik setzt sich bis heute fort. Seine Regierungen haben die illegale Besiedlung des Westjordanlands und Ostjerusalems seit bald dreißig Jahren betrieben, obwohl das laut UNO illegal war und ist. Sie haben die israelischen Siedler ermuntert, sich Land - auch mit Waffengewalt - zu nehmen, das israelische Militär unterstützt sie dabei. (7) Die religiös-rechtsextremistische Regierung Netanyahus stellt den Siedlergruppen mehr Geld und Waffen denn je zur Verfügung, auch zum Aufbau einer Streitmacht vor Ort. Von Januar bis Ende August 2023 sind dort schon mehr als 200 Palästinenser:innen getötet worden. Allein im letzten Monat (7.10 bis 6.11. 2023) sind im Westjordanland 132 Palästinenser von israelischen Soldaten und Siedlern getötet worden, 1.000 Palästinenser wurden gezwungen ihre Häuser aufzugeben. Das Westjordanland, das eigentlich den Palästinensern gehört, ist ein „Fleckerlteppich“ in dem 3 Millionen Palästinenser und dazwischen mittlerweile 500.000 israelische Siedler leben. 1993 waren es erst ca.100.000. Die Siedler haben eigene Straßen, die die Palästinenser nicht benutzen dürfen. Das gesamte Westjordanland wird von der israelischen Armee kontrolliert, sie hat dort 700

Militärstützpunkte und Kontrollstellen. Weitere 220.000 Israeli leben im palästinensischen Ostjerusalem.

Verständlicherweise hat ein Teil der israelischen Bevölkerung, traumatisiert auch in der heutigen Generation, deren Vorfahren Völkermord bzw. Holocaust erlitten haben, Angst vor Vertreibung bzw. Vernichtung. Die meisten Regierungen in Israel haben diese Angst geschürt.

Spätestens seit den 1990-er Jahren betrieben die israelischen Machthaber die Täter-Opfer-Umkehr als Propagandamittel. Durch die konstante Bezugnahme auf den Holocaust stellen sie Israel bis heute als bedrohtes Opfer dar. Damit wollen sie von der von ihnen seit der Staatsgründung bis heute mit systematischer Gewalt betriebenen ethnischen Vertreibung und Annexionspolitik ablenken. Die rechtsextremen Parteien bzw. zionistisch-faschistoiden und religiösen Siedler-Parteien, die mit dem Slogan, „die Palästinenser wollen die Israeli ins Meer treiben“, ihre Besatzungs-Politik im Westjordanland begründen, hat Netanyahu im November 2022 zum Teil seiner Regierung gemacht.

### **Soll unter dem Vorwand der Bekämpfung des Antisemitismus Vertreibung, Krieg oder gar Völkermord gerechtfertigt werden?**

Es gab gegen diese Politik immer kritische Stimmen in Israel. 1996 erklärte u.a. die frühere israelische Ministerin Shulamit Aloni: „Sharon und die israelische Führung versuchen immer, die Israeli die Lüge glauben zu machen, dass die Palästinenser uns ins Meer treiben wollen“... „Tatsächlich sind wir diejenigen, die Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit begehen und ich hoffe, dass Sharon vor Gericht kommt“ (8) „Die zionistische Bewegung hat schon vor der Staatsgründung und bis heute ein Ziel verfolgt: Einen Staat basierend auf einer rassistischen Überlegenheit und Reinheit, der nur durch Entmenschlichung und Eliminierung von anderen Menschen erreichbar ist.“(9)

Israel hat ca. 9 Millionen Einwohner und es hat die fünfzehn höchsten Militärausgaben der Welt (2021), das sind 4,5 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) = ca. 24,5 Milliarden. Das BIP beträgt ca. 500 Milliarden. Israel ist der acht-größte Waffenhändler und militärisch das 18. mächtigste Land der Welt. Es besitzt auch ca. 200 Atomsprengköpfe, Chemiewaffen, biologische Waffen, 2.600 Kampfpanzer usw. Israel hat mindestens 170.000 Soldaten und 465.000 Reservisten. Die Hamas hat ca. 15.000 Mann, das heißt das Verhältnis Israel zur Hamas ist allein nur was die regulären Truppen betrifft, 11:1. Die Hamas hat natürlich keine Luftwaffe, Panzer usw. Die Israel-Propaganda, die auch die meisten Medien bei uns übernehmen, will uns dauernd vormachen, wie stark und bedrohlich die Hamas für Israel sei, deshalb seien Flächen-Bombardements, Feldzüge, Zerstörung gerechtfertigt.

## Die Antisemitismus-Keule, ...

...die wohl in den USA und Israel eine lange Tradition hat, wurde zur Zeit des Irak-Kriegs auch in Europa verstärkt geschwungen. z.B. hat die US-amerikanische Anti-Defamation League (ADL), Jahresbudget z.B. 2005 ca. 50 Millionen Dollar, schon damals behauptet, dass Antizionismus gleich Antisemitismus sei. Die Ablehnung der zionistischen israelischen Politik gilt laut ADL ebenso als antisemitisch wie Antikolonialismus und Pazifismus. Ebenso sei Kritik gegenüber der Finanzmarktpolitik antisemitisch. Letztlich heißt das bezüglich Israel: wer dessen Gewaltpolitik gegenüber den Palästinensern kritisiert, gilt als Antisemit. So wollte man schon vor 18 Jahren die Versuche, Kritik gegenüber der Außenpolitik von Israel zum Schweigen bringen. Das gilt heute mehr denn je. Im Kurier Leitartikel 12.10. 2023 (*Kein Verständnis für Hamas-Versteher*) setzt der Autor antiimperialistisch mit antisemitisch gleich und sagt sogar indirekt, dass antiimperialistisch ein Codewort sei, das mit „rechtsstaatlich-demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sei“,...wer Israel angreift, so der Autor, der greift unsere „europäischen Werte“ an. (10)



## Israel begeht Völkermord

Im Artikel II der Völkermord-Konvention von 1948, Artikel 6 des römischen Rechts des Internationalen Strafgerichtshofes von 1998 heißt es u.a., dass „Völkermord eine der folgenden Handlungen (sei), die in der Absicht begangen wird, **eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören**“. Zu diesen Handlungen gehören die „Tötung von Mitgliedern dieser Gruppe“, wobei die Anzahl nicht von Bedeutung ist. Sodann zählt dazu, die „Verursachung von schwerem körperlichen oder seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe“ sowie „**vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen**“. Raz Segal, israelischer Holocaust- und Genozidforscher an der Stockton University in New Jersey, USA, nennt den Gaza-Krieg „einen Lehrbuch-Fall des Völkermords“. Segal weiter: „In der Tat ist Israels genozidaler Angriff auf Gaza ausdrücklich, offen und schamlos ... Israels Ziel ist es, die Palästinenser in Gaza zu zerstören. (11)

Laut statista-Angaben wurden bis zum 29. November 2023 durch Bombardements bzw. Feldzug des israelischen Militärs in Gaza 15.000 Menschen getötet und 36.000 verwundet. Von den Getöteten sind 6000 Kinder und 4000 Frauen, das sind 66% aller Todesopfer. (12)

Offizielle Vertreter Israels aus Politik, Armee und Medien scheuen sich nicht, sich zum geplanten und schon verübten Völkermord in Gaza eindeutig und radikal zu bekennen. Präsident Jitzchak Herzog am 14. Oktober 2023 auf einer Pressekonferenz: „*Es ist ein ganzes Volk, das verantwortlich ist. Diese Rhetorik über Zivilisten, die angeblich nicht involviert wären, ist absolut unwahr ... und wir werden kämpfen, bis wir ihr Rückgrat brechen*“. Premierminister Netanyahu am 8. Oktober: „*Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen*“. Der Sprecher der israelischen Armee, Daniel Hagari, am 10. Oktober 2023 in Haaretz: „*Wir werfen hunderte Tonnen von Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit*“ und Verteidigungsminister Yoav Gallant am 9. Oktober im Fernsehen: „*Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen Tiermenschen und handeln entsprechend.*“ (13 siehe 11)

Die israelische Regierung unter Netanyahu vollzieht in Gaza das Programm ihrer faschistoiden, ultraorthodox-rassistischen, religiösen, rechtsaußen Parteien samt den rechtsextremen zionistischen Siedlerparteien. Diese Siedlerparteien hat Netanyahu seit November 2022 in die neue Regierung aufgenommen. Der Gaza-Krieg dient nun auch als Vorwand der verstärkten Vertreibung der Palästinenser aus dem Westjordanland und der Kolonisierung ihres Landes.

Der Hamas Angriff/Terror am 7. Oktober 2023 traf Israel scheinbar unvorbereitet. Doch der ägyptische Präsident Al Sisi hatte Israel 3 Tage davor vor einem Hamas Angriff gewarnt. Laut Medien habe Israel die Warnungen nicht ernst genommen. Wie bekannt wurde, waren die Grenzen zum Gaza-Streifen vom israelischen Militär merkwürdigerweise kaum bewacht, zuständig für die Bewachung dieser Grenzen war und ist Minister Itamar Ben-Gvir (rechtsextremer Minister für die nationale Sicherheit, Parteienbündnis Religiöser Zionismus).

Dazu berichtete der israelische Autor Moshe Zuckermann in einem Interview u.a.: „*Er (der Minister) zog die Einheiten (vor dem Hamas-Angriff) ab*... „*Es wurde entschieden, die Einheiten (des Militärs), die die Ortschaften und Kibuzzim an der Grenze zum Gaza-Streifen beschützen und bewachen sollten, in das Westjordanland zu verlegen, weil die Siedler ..... religiöse Feste feiern wollten.*(14)

Es heißt in Israel, dass Netanyahu nichts von den drohenden Terroranschlägen wusste, dass die Grenzen zu Gaza am 7. Oktober fast unbewacht waren. Netanyahu kam der Überfall der Hamas

gerade recht. Seine Politik braucht Bedrohung durch die Palästinenser, braucht Angst bei der Bevölkerung und den Ruf nach dem starken Mann, braucht Terror und Staatsterror, sie braucht Antisemitismus, vor allem auch um die Siedlungen im Westjordanland weiter zu treiben und damit die Palästinenser dort langfristig zu vertreiben. Das heißt, Israel eignet sich mit Gewalt immer mehr palästinensisches Land an.

Gemeinsam mit Minister Itamar Ben-Gvir spielt Finanzminister Bezale Smotrich, Chef des rechts-extremen Parteienbündnis Religiöser Zionismus und Siedler, in der jetzigen Situation im Westjordanland eine entscheidende wichtige Rolle. Seit 18. Februar 2023 „hat Smotrich neue Befugnisse in zivilen Angelegenheiten in weiten Teilen des Westjordanlands erhalten“. In den Händen eines der radikalsten Siedler Israels liegt nun die Kontrolle über die Infrastruktur im Westjordanland – inklusive Baugenehmigungen sowohl für israelische Siedler:innen als auch für Palästinenser:innen. Smotrich: „... eines weiß ich sicher: Es wird keinen Stopp beim Siedlungsbau geben. Nicht für einen Tag“. Der Minister und extrem rechtsradikale Siedler Smotrich will die jüdischen Siedlungen im Westjordanland ausbauen. In diesem Sinn hat das Kabinett Netanyahu am 18. Februar 2023 auch beschlossen, dass im Westjordanland rund 10.000 neue Wohneinheiten gebaut werden sollen. (15) Der Minister Smotrich sagte am 22.03. 2023: „So etwas wie Palästinenser gibt es nicht, weil es so etwas wie ein palästinensisches Volk nicht gibt.“ (16)

### **Israel (Netanjahu), Hamas, Katar = Marionetten der USA-Herrschaftsinteressen)**

Netanyahu erklärte in einem Interview von 2019, dass er die Unterstützung des Hamas-Regimes in Gaza mit Geld aus Katar befürworte. Er sagte u.a., dass „wer immer gegen einen Palästinenser Staat ist, sollte für die Finanzierung aus Katar sein“. Netanyahu sagt weiter, dass die Hamas in Gaza die Zwei-Staaten Lösung ablehnt. Abbas (PLO) regiert im Westjordanland, er tritt für die Zwei-Staaten Lösung ein. Die Hamas in Gaza zu unterstützen, schwächt die PLO...“ Das Ziel ist die Vertreibung der Palästinenser aus dem Westjordanland. (17)

Bezüglich Katar schrieb Seymour Hersh: „... Das Erdöl- und Erdgasreiche Scheichtum Katar war auf Drängen von Premierminister Netanyahu seit vielen Jahren ein finanzieller Unterstützer der Hamas.“ (18) Und die Nahostexpertin Gudrun Harrer sagte im Radio u.a. „Katar ist der zentrale Unterstützer und wichtigste Geldgeber für die Hamas und für weitere Islamisten-Gruppen“. Die Journalistin weiter: „Katar hat den Gaza-Streifen finanziert, abgesprochen mit den Israeli, es hat für Wasser, Energie, Gesundheitliche Versorgung im Gazastreifen gesorgt“... „Die Beziehungen mit Israel gibt es seit den 90iger Jahren“... „Katar ist gleichzeitig der wichtigste Militärstützpunkt der USA in der

Region“. (19) Deswegen erscheint es unserer Auffassung nach praktisch unmöglich, dass die USA von diesen Verbindungen nichts wusste bzw. sie nicht gutheißt. Die USA haben nachweislich den IS und die Al Quaida mit Millionen Dollar und mit Waffenlieferungen unterstützt, Gruppen, die sie jetzt, so heißt es, bekämpfen.

### **Israel finanziert die Hamas seit Jahrzehnten**

Laut Yitzhak Segev, dem früheren israelischen Militärgouverneur des Gazastreifens, finanzierte Israels Regierung seit etwa 1969 den Aufbau von Moscheen und trug so zum Aufstieg der Hamas bei. (20) Ab 1988 finanzierte Israel die Hamas, um die Fatah zu schwächen und so eine Zweistaatenlösung des Israel-Palästina-Konflikts zu erschweren. (21) Y. Segez erklärte später auch, dass er die Hamas als Gegenspieler der PLO und der Kommunisten finanziell unterstützt habe: „Die israelische Regierung gab mir ein Budget, und die Militärregierung übergab sie an die Moscheen.“ (22)

Die Israelischen Regierungen haben also die Hamas seit langem gefördert und mitfinanziert um die Zwei-Staatenlösung zu verhindern und ihre Siedlungspläne im Westjordanland ausbauen zu können. Nun aber, nach dem Hamas-Angriff auf Israel sieht Netanyahu eine gute Möglichkeit, sich der Hamas zu entledigen und seine Vertreibungs- bzw. Genozid-Politik noch auszuweiten.

Premierminister Netanyahu kann nun hoffen, wegen der Korruptionsvorwürfe nicht vor Gericht zu kommen. Mit der Beteiligung der rechtsextremen Siedler-Parteien an der Regierung hat er die Mehrheit für die Entmachtung des Obersten Gerichtshof. Somit hofft er einer Anklage wegen Korruption zu entgehen. Der Gaza-Krieg hat die monatelangen Demonstrationen mit der Forderung nach Netanyahus Rücktritt verstummen lassen.

### **Interessen der USA im Nahen und Mittleren Osten**

Bruno Kreisky sagte: „Israel ist ein landgebundener Flugzeugträger der USA“. Für die USA-Herrschaftsinteressen im Nahen und Mittleren Osten mit seinen ungeheuren Erdöl- und Erdgasvorräten und Israels eminent wichtigen geostrategischen Lage ist das Land ein brauchbarer Kettenhund, den man seit über 50 Jahren füttert, dessen Drohung wirkt und der auch manchmal von der Leine gelassen wird. Israel bombardiert Staaten, die sich nicht der USA unterwerfen, sei es z.B. den Iran, den Libanon, Syrien. Seit 1967 finanziert die USA Israel direkt jährlich mit 5 Milliarden Dollar. Dazu kommen noch weitere Milliarden an Waffen bzw. Militärausrüstung. Israel hat auch mit Unterstützung der USA ein mit Atomraketen bestücktes Antiraketen-Abwehrsystem entwickelt.

Shlomo Gazit, der ehemalige Leiter des militärischen Abschirmdienstes Israels, sagte 1992, dass „Israel in Bezug auf seine geographische Lage

*inmitten des arabisch-moslemischen Mittleren Osten ein hingebungsvoller Wächter in all diesen Ländern“ sei. Seine Rolle sei es, „die bestehenden Regierungen zu beschützen ...“ und „für diesen Zweck wird Israel Veränderungen verhindern, die sich jenseits von Israels Grenzen ereignen“ bis dorthin „seine gesamte militärische Macht in ihrer Verhinderung oder Ausrottung [von ihm nicht genehmen politischen Veränderungen in den arabischen Ländern] einzusetzen.“ (23) Hier zeigt sich klar die Funktion Israels als der Kettenhund der USA. Die Herrschenden in Israel hatten und haben kein Interesse an Frieden mit den Palästinensern, an einem Palästinenserstaat. Dann wäre es aus mit ihrer Landraubpolitik und mit den Milliarden Dollar aus den USA. Netanyahu braucht Krieg, das Israelische Volk nicht!*

**Die Propaganda, die Hetze gegen die Palästinenser, die Rechtfertigung Israels Völkermord-Politik hat auch bei uns ein Ausmaß erreicht, das einem demokratischen und neutralem Österreich Hohn spricht.**

Alle Parlamentsparteien, fast alle Medien bis hin zum ORF machen sich zum Sprachrohr dieser Kriegspolitik. Gleichschaltung, Zensur, Verbot. Kritik an Israel wird als Antisemitismus diffamiert.

Es geht hier nicht nur um Israel. Es geht auch darum, jegliche Kritik an den USA, an ihrer imperialistischen Politik, an ihren Kriegen als undemokratisch und staatsgefährdend hinzustellen, weil sie gegen „unsere Werte“ gerichtet sei. Doch das sind nicht unsere Werte!

**Wenn sie von „unseren Werten“ reden, meinen sie „IHRE WERTE“! Das heißt für uns: Wir sollen mitmachen und mitmarschieren in IHREN KRIEGEN. IHRE WERTE sind Milliarden Dollar und Euro Profite für die Superreichen. Für UNS bedeuten IHRE WERTE Armut, Elend, Krieg.**

- 1) [https://www.archivioradiovaticana.va/storico/2017/06/14/israel\\_pal%25C3%25A4stina\\_gaza\\_ist\\_gr%25C3%25B6%25C3%259Ftes\\_freiluft-gef%25C3%25A4ngnis\\_der\\_welt/de-1318869](https://www.archivioradiovaticana.va/storico/2017/06/14/israel_pal%25C3%25A4stina_gaza_ist_gr%25C3%25B6%25C3%259Ftes_freiluft-gef%25C3%25A4ngnis_der_welt/de-1318869)
- 2) <https://www.juedische-stimme.de/stellungnahme-zum-aktuellen-gaza-krieg-und-der-gewalteskalation-in-israel>
- 3) <https://countercurrents.org/2023/11/the-gaza-genocide-75-years-in-brief/ Tom Suarez 4.11.2023>
- 4) [www.un.org/unispal/document/auto-insert-184801/](http://www.un.org/unispal/document/auto-insert-184801/)
- 5) Zertal, I., „Nation und Tod, Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit“, S. 259, Wallstein-Verlag
- 6) Moskowitz, R., „Fusion von Himmel und Hölle“, in: Frankfurter Rundschau Online, 06.06.2000 bzw. <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/002349.html>
- 7) Stav Saffir <https://web.archive.org/web/20220715223137/https://www.haaretz.com/opinion/2021-05-20/ty-article-opinion/.premium/there-is-only-one-war-the-extremists-vs-the-moderates/0000017f-f466-d5bd-a17f-f67e4f940000>
- 8) Aloni, Shulamit, Bildungsministerin unter Yitzak Rabin 1992-1996, „Israelischer Terror ist schlimmer“, in: Yedioth Ahronoth, 31.07.2005
- 9) <https://countercurrents.org/2023/11/the-gaza-genocide-75-years-in-brief/ Tom Suarez 4.11.2023>
- 10) [Kurier 12.10.2023 S.2 Kein Verständnis für Hamas-Versteher R.Mitlöchner](https://www.kurier.at/12.10.2023/S.2_Kein_Verstaendnis_fuer_Hamas_Versteher_R.Mitloehner)

- 11) [https://www.nachdenkseiten.de/?p=106148\\_„Schwerter aus Eisen“- ein Völkermord in Gaza“ 3. November 2023 Raz Segal Norman Paech](https://www.nachdenkseiten.de/?p=106148_„Schwerter_aus_Eisen“-_ein_Voelkermord_in_Gaza_3._November_2023_Raz_Segal_Norman_Paech)
- 12) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-amas-gegen-israel/>
- 13) [siehe 11\)](#)
- 14) <https://overton-magazin.de/top-story/moshe-zuckermann-dass-viele-zivilisten-im-gazastreifen-umkommen-hat-israel-nie-bekuemmert/ 11.10.2023>
- 15) <https://taz.de/Israels-Finanzminister-Bezalel-Smotrich/!5915764/16>
- 16) <https://www.tagesspiegel.de/internationales/so-etwas-wie-palastinenser-gibt-es-nicht-wie-israels-finanzminister-seine-rhetorik-verscharft-9541061.html>
- 17) <https://www.nytimes.com/2023/10/18opinion/netanyahu-u-israel-gaza.html Gershon Gorenburg>
- 18) [Seymour Hersh: The plan to wipe out Hamas. Oct. 15. 2023](#)
- 19) [Ö1 Radio Sendung `Punkt Eins` 6.11. 2023 B. Zeithammer zum Thema Katar](#)
- 20) [David Shipler: Arab and Jew. Wounded Spirits in a Promised Land. New York 2002, S. 221](#)
- 21) [Gaza, Oktober 2023: Von Terroristen und Geistern, die man rief.Oktober 2023 https://www.nachdenkseiten.de/?p=105683. Gaza,23. Oktober 2023](#)
- 22) [Gaza, Oktober 2023: Von Terroristen und Geistern, die man rief.Oktober 2023 https://www.nachdenkseiten.de/?p=105683. Gaza,23. Oktober 2023](#)
- 23) [Shlomo Gazit, der ehemalige Leiter des militärischen Abschirmdienstes Israels .aus: Ahronot, Yedioth, 27.04.1992, zitiert in: Shahak, Israel, „Jüdische Geschichte, Jüdische Religion“, Lühe Verl., S.37](#)

## Israel lagen Hamas-Angriffspläne schon lange vor

„Hinweise auf einen geplanten Großangriff der islamistischen Hamas sind Israel laut einem Bericht der „New York Times“ mehr als ein Jahr vor dem 7. Oktober vorgelegen. Es habe einen umfassenden Austausch israelischer Behörden zu einem 40 Seiten langen Dokument mit dem Codenamen „Jericho-Mauer“ gegeben, das einen Gefechtsplan der Hamas skizzierte. Dieser soll bis ins Detail dem Angriff geahndelt haben, den Hamas-Terroristen Anfang Oktober aus dem Gazastreifen heraus ausführten. Das Szenario sei von israelischen Militär- und Geheimdienstmitarbeitern als zu anspruchsvoll und schwierig in der Ausführung abgetan worden, berichtete die US-Zeitung ... Drei Monate vor dem tatsächlichen Angriff warnte ... eine Geheimdienst-Analystin der Decodierungs-Einheit, dass die Hamas ein Training absolviert habe, das dem "Jericho-Mauer"-Dokument sehr nahekomme. "Ich widerspreche entschieden, dass das Szenario imaginär ist", schrieb sie demzufolge einem Armeeoberst der Gaza-Einheit. "Es ist ein Plan, konzipiert, um einen Krieg anzufangen. Es ist nicht nur ein Überfall auf ein Dorf." Doch der Militärkollege blieb bei der Einschätzung, dass die Hamas nicht imstande sei, einen solch umfassenden Plan tatsächlich auszuführen. "Kurz gesagt: Lass uns geduldig abwarten", hieß es demnach in seiner Antwort. "<https://orf.at/stories/3341481/> (1.12. 2023); APA; <https://www.nytimes.com/2023/11/30/world/middleeast/israel-hamas-attack-intelligence.html>

**Fukushima:**

# **Einleitung von radioaktiven Abwässern ins Meer: Zustimmung von IAEA, kein Widerspruch von WHO oder EU!**

**In unserer Ausgabe 3/2023 haben wir den ersten Teil dieses Artikels abgedruckt. Hier nun die Fortsetzung:**

**Unsere „fürsorgliche“ EU**, hat wegen des praktisch fertigen Handelsvertrags mit Japan schon unmittelbar nach der Katastrophe von Fukushima, die Grenzwerte für Lebensmittel, welche für das Tschernobyl-Desaster festgelegt waren, **angehoben** und seither dürfen Lebensmittel aus Japan in die EU mit einem Zertifikat der japanischen Behörden eingeführt werden, das die Unbedenklichkeit der Produkte bestätigt. Höhere Grenzwerte als im Vergleich zur „Tschernobyl-Verordnung“ hat die Europäische Kommission für Japan nur für die Elemente Cäsium-134 und Cäsium-137 festgesetzt (das sind die hauptsächlichsten Belastungen). Nach Angaben der Europäischen Kommission entsprechen diese Anpassungen den aktuellen wissenschaftlichen Grundlagen und garantieren in gleicher Weise die Unbedenklichkeit der importierten Produkte.

Nachdem diese Vorgangsweise auf einigen Unmut stieß, wurden in Folge alle Lebensmittel in Japan selbst und dann nochmals in Europa stichprobenweise untersucht. Sollte ein EU-Partner kontaminierte Lebensmittel finden, dürfen diese nicht auf den Markt und es müssen die übrigen EU-Mitgliedstaaten umgehend informiert werden. Ein ganz entscheidender Grund für das freundliche Entgegenkommen der EU bei den Grenzwerten, dürfte neben dem still und heimlich 2018 beschlossenen Handelsabkommen JEFTA auch darin bestehen, dass Europas hochsubventionierte Fischfangflotten (vorab die spanische) nach dem Leerfischen der europäischen Gewässer jetzt intensiv mithelfen, auch den Pazifik leer zu fischen und auch dort zahlreiche Inselbewohner in den Ruin treiben. Auch in Österreich werden die Fische aus dem Pazifik stichprobenartig auf radioaktives Cäsium überprüft und es wurden bis heute keine Grenzwertüberschreitungen festgestellt, bzw. wurden „*nicht nachgewiesen*“ in den Resultaten angegeben. (Wie es um das Zustandekommen von Messungen wie „nicht nachgewiesen“ im Interesse der Industrie kommt, wissen wir öffentlich spätestens seit den manipulierten Messmethoden bei den Dieselautoherstellern.) Da aber Anfang 2016 in Meerwasserproben an der Westküste Amerikas (an den Stränden von Tillamook Bay und Gold Beach) die für Fukushima relevanten Cäsiumisotope nachgewiesen wurden und auch entsprechend kontaminierte Fische in Kanada analysiert wurden, ist das völlige Fehlen von Radioaktivität in europäischen Fischproben zumindest seltsam und ein Methodenvergleich wäre angesagt. Da weder EU noch USA ihre profitablen und geostrategischen Beziehungen zu

Japan opfern wollen, soll auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung die Öffentlichkeit von diesen neuen Schandtaten der Atombetreiber nicht wirklich etwas erfahren. Alle, USA, EU und Japan schielen auch wegen der Klimakatastrophe wieder ganz massiv in Richtung Atomenergie und Japan hat auch eine eigene Atombombe im Visier.

## **IAEA, die Schutzpatronin der Atomclans und ihrer politischen Büttel!**

Die Einleitung radioaktiven Wassers ins Meer ist ein Verbrechen an unserem Planeten! Doch die IAEA argumentiert im Falle des radioaktiven Abwassers in Fukushima folgendermaßen: „*Tritium ist für den Menschen nur in sehr hohen Dosen schädlich und dass ordnungsgemäß gefiltertes Wasser mit Meerwasser verdünnt sicher in den Ozean geleitet werden könne, ohne Umweltprobleme zu verursachen*“. **Das ist eine Lüge.** Diese massive Unterstützung für das japanische Vorgehen kommt nicht unerwartet. Der Generaldirektor der IAEA, Rafael Mariano Grossi war schon am 24. Februar 2020 bei einem offiziellen Besuch in Tokio beim rechtsnationalistischen Premierminister Shinzo Abe, um mit ihm über die Einleitung des radioaktiven Wassers ins Meer und weitere großzügige finanzielle Unterstützung für die IAEA übereinzukommen (1).

Herr Grossi bedankte sich bei dem Besuch für die großzügige finanzielle Unterstützung der IAEA durch Japan. **Japan ist mit etwa 70 Millionen Dollar der drittgrößte Beitragszahler für das ordentliche Budget der IAEA und leistet zudem auch beträchtliche außerbudgetäre Zahlungen.**

## **Wer das Geld hat, der schafft die Regeln!**

Das erklärt, weshalb die IAEA mit der japanischen Regierung und Industrievertretern über die Krebsbehandlung, die Lebensmittelsicherheit und das Wassermanagement verhandelt (1).

**Es ist eine Ungeheuerlichkeit: Die Verursacher werden nicht nur nicht in die Verantwortung genommen, sondern von den Kosten befreit und bestimmen überdies als Verursacher von katastrophalen Schäden, was der betroffenen Bevölkerung weiter an Folgeschäden aufgebürdet wird.** So werden dann sogenannte „**bedarfsorientierte Grenzwerte**“ erfunden, die nur den Bedürfnissen der verursachenden Großindustrie entsprechen. Wer durch die ausgetretene Radioaktivität als erkrankt gilt oder an Krebs, selbst in Nachfolgenerationen, stirbt, definiert auch die Atomindustrie zusammen mit der



IAEA und der Politik. Mit den IAEA-Daten über die freigesetzte Radioaktivität und den ebenfalls von ihr mitbestimmten Grenzwerten, wurde die Zahl der unmittelbaren Opfer und der folgenden Krebstoten in Russland, Weißrussland und der Ukraine nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl auf **8.930** geschätzt (Tschernobyl-Forum). Namhafte Wissenschaftler, darunter der Biologe Alexej Jablokow von der Russischen Akademie der Wissenschaften, kommen mit realistischeren Annahmen über die Verbreitung der Radioaktivität und deren biologischer Wirkung zu weitaus größeren Opferzahlen, nämlich: **1,44 Millionen Toten weltweit**. In Japan zeigt sich nun eine Wiederholung der Zahlen- und Meinungsmanipulation durch die Atomlobby und ihrer Erfüllungsgehilfen in Politik UNO.

### **Apropos Gesundheit**

Bei der 8. Weltgesundheitsversammlung **1959 wurde von der IAEA ein Vertrag mit der WHO unterzeichnet**, der festlegt: „dass die Verantwortung für Untersuchungen, Entwicklungen und Anwendungen auf dem Gebiet der Kernenergie primär bei der IAEA liegt und die WHO bei entsprechenden Aktivitäten die IAEA zu konsultieren habe und diese einvernehmlich zu regeln seien“.

**Dieser Vertrag hat bis heute verhindert, dass die Opferzahlen von Tschernobyl mit der Erfassung der Folgeschäden auch nur einigermaßen wissenschaftlich abgeschätzt wurde** und in Risikoeinschätzungen der WHO berücksichtigt werden können.

Bei der IAEA und ihren Beitragszahlern, sowie der Atomindustrie und der beteiligten Politik wird mit Hilfe der WHO alles im Sinne der Industrie und gegen die Bedürfnisse der geschädigten Bevölkerung geregelt. Von der Urangewinnung, Unfall- folgeschäden, der Abfalllagerung bis zum Abriss von AKWs wird alles der Bevölkerung aufgeladen und die Profite landen bei den ohnehin Überreichen.

Da die Finanzierung der WHO, wie die der IAEA massiv auch von privater Seite erfolgt (Bill und Melinda Gates Foundation usw.) schließt sich der Kreis der Lobbyisten für die Großindustrie verschiedenster Sparten. Vielleicht wird schon an einer Impfung gegen genetische Schäden durch atomaren Abfall gearbeitet oder schon untersucht wie zum Vorteil für einige Profiteure kontaminierte Lebensmittel an die arme Weltbevölkerung subventioniert verkauft werden können. Die Regierungen scheinen jedenfalls für solche Manöver durchaus offen zu sein.

1)  
<https://www.iaea.org/newscenter/news/japanese-prime-minister-abe-highlights-important-role-of-iaea-in-talks-with-director-general-grossi>

2)  
[https://www.iaea.org/newscenter/multimedia/videos/atom\\_s4food-new-iaea-fao-initiative-announced](https://www.iaea.org/newscenter/multimedia/videos/atom_s4food-new-iaea-fao-initiative-announced)

**ich öffne meine  
geballten fäuste  
um zu zeigen,  
dass sie leer sind,  
leer von  
waffen, von vorurteilen,  
von hass und neid,  
leer von missachtung,  
von streitlust und  
unterdrückung**

**meine geöffneten  
hände sind voll mit  
liebe, achtung,  
zuwendung,  
gerechtigkeit und  
aufmerksamkeit,  
voll mit toleranz  
und freiheit**

**davon teile ich  
aus an alle  
menschen  
ohne vorbehalt,  
ohne unterschied  
von geschlecht,  
hautfarbe, rasse,  
religion oder  
weltanschauung**

**dann leben  
wir in frieden**

# Die Teilnahme am EU/NATO - Sky Shield gefährdet die Sicherheit und Neutralität Österreichs!

Sky Shield ist ein vom NATO-Land Deutschland initiiertes, NATO-Raketensystem von EU-Staaten, das mit der Neutralität Österreichs absolut nicht vereinbar ist. **Eine Teilnahme widerspricht der immerwährenden Neutralität Österreichs grundsätzlich!**

*Sky Shield ist kein Abwehrsystem, sondern ein Teil des USA/NATO-Atom-Erstschlagsystems gegen Russland. Es soll dazu dienen, einen atomaren Rückschlagskapazität Russlands so unmöglich gemacht werden. Westliche, z.B. kanadische Autoren, trauen den USA aufgrund der US-„Präventivstrategie“ zu, sogar einen dritten Weltkrieg zu riskieren. (Quelle: FOCUS online: Atomarer Erstschlag als Option? Experten warnen: Die US-Präventivstrategie führt zu einem dritten Weltkrieg). Aktuell bedeutet das, mit Hilfe von Sky Shield einen Atomkrieg gegen Russland zu riskieren. Sky Shield ist das Vorhaben, vom kalten Krieg wegzukommen und einen heißen Weltkrieg „führbar“ zu machen. Welche Ungeheuerlichkeit!*

**ÖVP und Grüne unterlaufen mit Sky Shield die Neutralität und ziehen Österreich in künftige Kriege hinein Für Österreich muss es so oder so heißen – egal, ob Deutschland-, EU- oder NATO-Projekt: Neutralität statt Kriegsteilnahme!**

Absichtlich falsch behauptet wird in diesem Zusammenhang, dass Österreich als EU-Land wegen der „EU-Beistandsverpflichtung“ an solchen „EU-Maßnahmen“ teilnehmen müsse. Das entspricht nicht den Tatsachen: Österreich hat beim EU-Beitritt einen Neutralitätsvorbehalt unterschrieben („Irische Klausel“), der sich in allen einschlägig dazugehörigen Paragraphen wiederfindet.



**Österreichs Neutralität ist nicht überholt, sondern wichtiger denn je – gerade in Kriegszeiten!**

## FPÖ: Neutralitätsheuchler

Wenn sich die FPÖ zuletzt immer wieder als „Verteidiger der Neutralität“ aufspielt, ist das nicht glaubwürdig. Erstens war die FPÖ 1955 bei der Erklärung der immerwährenden Neutralität gegen die Neutralität Österreichs, unter Schwarz-Blau mit ÖVP-Kanzler Schüssel in den 2000er Jahren für den NATO-Beitritt Österreichs und unter Türkis-Blau mit Kurz für die EU-Aufrüstung (PESCO). Ebenso trat FPÖ-Strache 2017 für eine EU-Armee mit Atombewaffnung ein (Presse, 26.2.2017).

**ÖVP, Grüne und NEOS: Für NATO bzw. EU-Armee statt Neutralität**  
Im gültigen ÖVP-Parteiprogramm aus 2015 wird die Neutralität nicht vor, sondern die „Weiterentwicklung hin zu einer Verteidigungsunion mit dem langfristigen Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee“ (Seite 43). Ähnlich die NEOS, die in ihrem Programm 2019 für eine EU-Armee eintreten und Sky Shield als wichtigen Schritt zur EU-Verteidigungsunion sehen (APA, 2.7.2023). Und die Grünen machen in der ÖVP-Regierung dabei voll mit.

## SPÖ: Wo bleibt das Neutralitätsbekenntnis der Parteispitze?

Und was ist die Haltung der SPÖ zu alledem? Zu Sky Shield würden ihr die genauen Informationen noch fehlen, um sich positionieren zu können, so die offizielle Ausrade, während Ministerin Tanner schon zwei Absichtserklärungen dazu unterschrieben hat. Genauere Informationen dazu:

[ggae 3-23 endf Druck.pdf \(atomgegner.at\)](#)



**Die immerwährende Neutralität ist Verfassungsgesetz, 90% der Österreicher:innen sind für die Neutralität – daran haben sich Regierung, Parlament, Parteien und Bundespräsident zu halten!**

## Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg  
[www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at) \* Kontakt: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at)

Unterzeichnen Sie den Aufruf: [www.unsere-neutralitaet.at](http://www.unsere-neutralitaet.at)

**Unsere Neutralität = unsere Sicherheit**

[www.unsere-neutralitaet.at](http://www.unsere-neutralitaet.at)

# Bildbericht vom 26. Oktober 2023: Tag der Neutralität

## Unsere Kundgebung



## Unsere Transparente



## Unsere Unterschriftenaktion

### Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Unterzeichnen Sie den Aufruf: [www.unsere-neutralität.at](http://www.unsere-neutralität.at)

**Unsere Neutralität = unsere Sicherheit**

[www.unsere-neutralität.at](http://www.unsere-neutralität.at)

## Die Regierung tritt die Neutralität und die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung Österreichs mit Füßen!

Zuerst beschließt Verteidigungsministerin Klaudia Tanner handstreichartig an Parlament und Opposition vorbei die Teilnahme Österreichs am NATO/EU-Raketensystem Sky Shield. Brav wie ehemals an der Seite Deutschlands wird ein Raketensystem nach dem anderen bestellt. Hieß es zuerst, man will nur „gemeinsam einkaufen“, weil angeblich billiger – wurden bald darauf die Bestellung von Kurzstreckenraketen bekannt, jetzt sollen es schon Langstrecken-Raketensysteme mit 200 km Reichweite werden. Während für Bildung, Kindergärten, Gesundheit, Teuerungskämpfung, Löhne und Gehälter (siehe die Proteste und Streiks um die KV-Erhöhungen) angeblich kein Geld da ist, sind allein für Sky Shield zwischen 4 und 6 Mrd. Euro vorgesehen. Bis 2032 bekommt das Bundesheer in Summe 18 Mrd. Euro.

Während am 26. Oktober am Heldenplatz in Wien die „Neutralität“ zelebriert wird, weil ja bis zu 90% der Menschen im Land für die Neutralität sind, wird hinter dem Rücken der Österreicher:innen gleichzeitig massiv das Gegenteil gemacht: die Einbeziehung Österreichs in die NATO/EU-Aufrüstungs- und Kriegspläne an der Seite Deutschlands. **Ein Blick auf die Website des deutschen Verteidigungsministeriums zeigt deutlich, was die „Europäische Sky Shield Initiative“ (ESSI) für Österreich bedeutet:**

**Einbindung in die von USA-NATO-EU-Deutschland betriebene Aufrüstungs- und Kriegspolitik.** Hier die wesentlichen Auszüge:

**„Ziel der Initiative ist also die Stärkung des europäischen Pfeilers in der gemeinsamen Luftverteidigung der NATO. Dafür müssen bereits vorhandene Fähigkeiten ausgebaut und existierende Fähigkeitslücken geschlossen werden**

**Mit ESSI wird der europäische Pfeiler in der NATO gestärkt ...**

**Es ist beabsichtigt, die ausgebauten oder neu geschaffenen Fähigkeiten der gemeinsamen Beschaffungsinitiative in die vom NATO-Befehlshaber für Europa geführten Luftverteidigung des NATO-Gebietes einzubinden ...**

**Durch die gemeinsame Beschaffung werden die Interoperabilität zwischen den einzelnen Nationen und auch der operative Einsatzwert im Rahmen der NATO erhöht ...**

Quelle: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/european-sky-shield-die-initiative-im-ueberblick-5511066>

**Alles, was uns die Regierung von „vereinbar mit der Neutralität“ und „hat nichts mit der NATO zu tun“ einredet, ist also Lüge!**

Und schon übte das Bundesheer Mitte Oktober in einem Manöver die Umsetzung der sogenannten „EU-Beistandsverpflichtung“. Dazu muss man wissen, dass Österreich aufgrund des beim EU-Beitritt vereinbarten Neutralitätsvorbehalts („Irische Klausel“) im Fall des Falles der EU keinen Beistand leisten muss. Doch die Regierung schert sich darum nichts. Sie macht aus der „Kann“-Bestimmung gegen den Willen der Bevölkerung ein mediales und militärisches „Muss“ und lässt neutralitätswidrig das Bundesheer in diese Richtung milliardenschwer aufrüsten. Tatsächlich ist Österreich von der neutralen Schweiz oder von EU/NATO-Staaten umgeben, von denen ja angeblich keine Gefahr ausgeht. **Österreich bedroht niemanden. Sky Shield hingegen macht Österreich nicht sicherer, sondern erst zum Angriffsziel.**

Wie zum Hohn wird hervorgestrichen, dass der „gemeinsame Einkauf“ den Steuerzahler:innen viele Millionen erspare. Für diese „Millionenersparnis“ werden bis zu 6 Milliarden Euro ausgegeben.

Wie zum Hohn behaupten Tanner und die Militärs, brav in allen Medien wiedergekaut, dass erst durch Sky Shield Österreichs Neutralität erfüllt sei. Gleichzeitig geben sich Medien verwundert, dass jetzt nur Raketen mit bis zu 200 Kilometer Reichweite angeschafft werden sollen. Sei doch die „passive Überwachung“, das Radarsystem „Goldhaube“ (mit dem Österreich seit dem Kalten Krieg für den Westen/NATO/USA im damaligen Ostblock aktiv war),

„extrem leistungsfähig und analysiert Flugbewegungen bis Berlin und Sarajewo“ (Kurier, 25.11.2023). Ein Hinweis, dass Militär und Regierung auch schon an Langstreckenraketen mit Tausenden Kilometern Reichweite denken?

Laut Tanner und Militärs ist Sky Shield mit der Neutralität vereinbar, solange die Entscheidung für den Abschussbefehl von Raketen in Österreich bleibe.

Wer sich jetzt schon wie Kriegsministerin Tanner und Österreichs Militärs als auf die Verfassung des neutralen Österreich vereidigten neutralen Staates, oder Bundespräsident Van der Bellen als oberster Befehlshaber des Bundesheeres des neutralen Österreich von den USA-NATO-EU-Deutschland-Aufrüstungs-Staaten so in NATO-EU-Sky-Shield drängen lässt, dem kann man nicht vertrauen, dass die Entscheidung für das Kommando für den Druck auf den Raketenabschuss-Knopf dann „autonom“ nur in Österreich getroffen werden wird!

**Sky Shield ist kein Abwehrsystem, sondern Teil des USA-NATO-Atom-Erstschlagsystems gegen Russland. Sky Shield ist das Vorhaben, vom Kalten Krieg wegzukommen und einen heißen Weltkrieg „führbar“ zu machen.**

**Macht Österreich dabei mit, ist es erst dadurch mittendrin in kriegerischen Auseinandersetzungen. Daher: Keine Teilnahme an Sky Shield. JA zur Neutralität.**

## FPÖ: „Soziale Heimatpartei“ in der „Festung Österreich“?

Mit diesen Slogans wirbt die FPÖ. Doch wie auch bei anderen Parteien, so auch bei der FPÖ, nach der Wahl ist alles anders als vor der Wahl, das zeigte sich jüngst in Salzburg. Wie in Niederösterreich wollten ÖVP und FPÖ nie und nimmer miteinander zusammen regieren, beschimpften und bekämpften sich auf unterstem Niveau bis aufs Messer. Dann Wahltag. ÖVP verlor, FPÖ gewann. NÖ-Mikl-Leitner und Salzburgs Haslauer wurden schnell mit FP-NS-Liederbuch-Germania-Affären-Landbauer bzw. FP-Svazek einig. FP-Landbauer und FP-Svazek wurden gleich LH-Stellvertreter:in. Und wie sieht zum Beispiel die „soziale Heimat-Festungspolitik“ der FPÖ aus? Für das Volk, sozial?

Im Gegenteil: Als LH Haslauer, gleichzeitig Aufsichtsratschef der Salzburg AG, bald nach den Landtagswahlen die Verdreifachung des Gaspreises von 1,88 Cent auf 5,98 Cent bekannt gab, bekam er sofort Schützenhilfe von seiner FP-Stellvertreterin Svazek. Sie sprach von einer Notwendigkeit der Erhöhung und dass man „Maßnahmen entwickeln werde, um Härtefälle abzusichern“ (Salzburger Nachrichten, 24.8.2023). Hier geht Svazek genauso vor wie die Bundesregierung oder auch Wien. Die von der FPÖ sonst so kritisierten Einmalzahlungen sind jetzt auch in Salzburg „die Lösung“. Man sieht also, auch die FPÖ regiert nach dem Motto: Die

Konzerne schonen, das Volk soll zahlen.

**Zuerst mit der FPÖ regieren, dann vor ihr warnen?**

In den letzten Wochen haben alle Regierungs- und Oppositionsparteien mehr oder weniger vor einer FPÖ-Regierung gewarnt bzw. eine Koalition mit ihr bzw. mit Kickl ausgeschlossen. Gut so. Denn was mit der FPÖ droht, haben ja schon die Koalitionen mit ihr gezeigt. Besonders FP-Kickl als Innenminister unter Kurz (2017 - 2019) zeigte, was uns blüht, wenn sich zwei Rechtsparteien um die Macht, insbesondere um Macht und Befugnisse bei der „Inneren Sicherheit“, also bei „Staatssicherheit“, Polizei- und Überwachungsstaat, streiten.

Wie die FPÖ mit Kritikern umgeht, selbst wenn sie kabarettistisch unterwegs sind, ist alarmierend und zeigt beispielhaft der Würgegriff der FP-Security am ORF-Journalist Klien. Ganz bewusst bringt die FP immer wieder Nazi-Versatzstücke ins Spiel und lässt ihre FP-Jugend ein diesbezügliches Video machen. Kickl höchstpersönlich lobt und verharmlost im ORF die ultrarechten Identitären als NGO. Kein Wunder, sprach Kickl doch 2016 höchstpersönlich auf deren Kongress.

Mit dem Volk hat der selbsternannte „Volkskanzler“ nichts im Sinn und nichts Gutes vor. Das zeigen

nicht nur die aktuellen Vorfälle und die ÖVP-FPÖ-Landesregierungen, sondern zeigt auch die „Sozial- und Gesellschaftspolitik“ der FP seit Jahrzehnten. Vorgeblich für „die Österreicher“ zu sein, wird gegen Ausländer, Zuwanderer und – egal ob In- oder Ausländer, gegen Arbeitslose, Sozialhilfebezieher, Arme, Frauen usw. gehetzt. **In Wirklichkeit wird auch von der FPÖ für die Reichen Politik gemacht und mit Industrie und Konzernen gepackelt, der Sozialstaat bekämpft und zerstört, Aufrüstung und Militarisierung im Rahmen der EU/NATO gefördert. Die Negativliste würde viele unserer Zeitungen füllen.**

Bei allen bisherigen FPÖ-Regierungsbeteiligungen im Bund war die FPÖ immer Mehrheitsbeschaffer für die ÖVP-Politik des Sozialabbaus, des wirtschaftlichen Ausverkaufs, des Demokratieabbaus, der NATO-Annäherung, der EU-Militär- und Kriegsaufrüstung und damit der Neutralitäts-Aushöhlung. Hier nur einige Beispiele aus den vier vergangenen Jahrzehnten:

#### **Unter SPÖ-Sinowatz mit FP-Steger 1983-1986**

- Beginn mit der Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie im Interesse der Privatwirtschaft

#### **Unter ÖVP-Schüssel und FPÖ-Riess-Passer 2000-2006 mit FPÖ/BZÖ-Haider & Co**

- durch Grasser (FPÖ, dann ÖVP) Vollprivatisierung und Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie an die Privatwirtschaft;
- „Pensionsreform“: 30% Verlust bei Pensionen; Gewinner: private Versicherungskonzerne;
- durch FP-Verteidigungsminister Scheibner Kauf des Eurofighter, NATO-Annäherung und Untergrabung der Neutralität im Interesse der NATO und der EU-Rüstungsindustrie (EADS)

#### **Unter ÖVP-Kurz und FP-Strache 2017-2019**

- durch FP-Innenminister Kickl, der das schwarze Machtkartell in Polizei und Staatsschutz in einen blau-braunen Polizei- und Überwachungsstaat umfärben und überführen wollte. Dabei ging es nicht um „mehr Sicherheit“ für die Bevölkerung, sondern darum, im Staats- und Verfassungsschutz (BVT) eigene Leute zu installieren und zu erfahren, welche Infos der Staatsschutz über die Verbindungen der FP zu den Rechtsextremen bereits hat
- mit Hilfe von FP-Strache Einführung des 12-Stunden-Tags und der 60-Stundenwoche im Interesse der Industrie
- durch FP-„Sozial“-Ministerin Hartinger-Klein Umbau und Umfärbung der Sozialversicherung, womit die Unternehmer und die ÖVP mittels der Wirtschaftskammer die Mehrheit in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung (ÖGK) erhielten
- durch FP-Verteidigungsminister Kunasek weiterer Abbau der Neutralität durch Ausbau von Österreichs Beteiligung am EU-Militär- und Kriegsaufrüstungsprogramm PESCO

**Die Rechtsentwicklung kommt nicht von unten, sie wird von oben gefördert und finanziert.**

Die Förderer sind die etablierten Parteien und ihren Finanziers aus „der Mitte“, die Unternehmer, Bosse und Bonzen, Reiche, Konzerne und Industrie.

Was alle Parteien gemeinsam haben, sozusagen als ihr „Kapital“, das sind zunächst die Wähler:innen. Das Wiedererstarken der FP in der Gunst der immer weniger werdenden Menschen, die bereit sind beim Wahltheater mitzumachen (Wahlbeteiligung ging von den 1970er Jahren von 90 und mehr Prozent auf derzeit 65 bis 75% zurück) ist die Schwäche der anderen Parteien, die immer weniger Wähler bewegen, geschweige denn bei der Stange halten können.

Die Menschen glauben den Versprechungen der diversen Parteien immer weniger. Das versucht die FP und Kickl zu nutzen und sich als „*letzte Hoffnung für dieses Land*“ (Krone, 8.10.2023) für die Wähler:innen hinzustellen. So hofft FP-Kickl mit 30% Wählern bei z.B. 75% Wahlbeteiligung = ca. 22% der Wahlberechtigten Erster zu werden. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist das nicht. Doch möglicher Erster zu werden setzen Kickl und seine Werbestrategen mit „Mehrheit der Bevölkerung“ gleich. Und die Medien spielen bei dieser Lüge mit. Warum?

Da die FP die wirklichen Verursacher der Misere für die Menschen, die Profitwirtschaft und die Konzerne, auch nicht benennt und somit letztlich schützt, kommt sie den Herrschenden und ihren Medien in der jetzigen Situation, wo die anderen Parteien immer mehr abwirtschaften, zurecht. Die FP bietet sich als „letzte Hoffnung“ in Wirklichkeit für das Kapital an. Wie? Da ist die Pressekonferenz von FP-Kickl mit der deutschen AfD-Chefin Alice Weidel erleuchtend. Weidel empörte sich über den deutschen Verfassungsschutz, über bestehende und geplante Verbote der AfD, weil: Wir sind „Parteien, die Millionen von Wählern binden ...“ (ORF, Ö1 Mittagsjournal, 19.9.2023).

#### **„Wählerbindung“**

Das ist das Zauberwort. Diese Aussage der Rechten ist verräterisch, weil sie entlarvt, was die angebliche „Alternative“ oder „letzte Hoffnung“, so wirklich vorhat: Appell an die Kapitalisten, also die wirklich Herrschenden, eben nicht an die gerade regierenden Politeliten, dass AfD bzw. FP es für das Kapital richten könnten, nämlich: Millionen von Wählern „zu binden“. Das heißt, zu schauen, dass die Menschen, die zunehmend durch die Profitwirtschaft unter Druck kommen, nicht nach links gehen, nicht gegen das Kapital rebellieren. AfD und FPÖ bieten sich an, die Wut zu kanalisieren, die Wütenden zu „binden“. Sie bieten und biedern sich als „Millionen-Wähler-Binder“ für die Konzernbosse an. Für den Fall, dass der bisherige Politik-Vertretungs-Schmäh, der bisherige Politbindung, nicht mehr funktioniert. Dass die Rechten da nicht

zimperlich sind und ihre rechten Recken und Security aber auch Institutionen, Personal und Mittel der „inneren Sicherheit“ einzusetzen bereit sind, wenn sie an der Regierung sind, das zeigte die Innenministerschaft Kickls schon einmal – und das war nur ein Anfang.

**Trotz aller Wahl- und Parteiwechsel, aller Krisen und Kriege: die Profite der Konzerne wuchsen und der Reichtum und das Vermögen einiger Weniger wird immer mehr, gleichzeitig haben sich die Lebensbedingungen und der Wohlstand der Masse der Bevölkerung stetig und in letzter Zeit beängstigend schnell verschlechtert.**

**Und hilft nicht mehr die „Sozialpartnerschaft“ die Menschen auszubeuten und ruhig zu halten, dann sollen die Rechten a la FPÖ in Österreich oder AfD in Deutschland die „Wählerbindung“ betreiben mit einer Politik der Ablenkung, der Spaltung, des „Teile und Herrsche“, die in eine Politik des „Knüppel aus dem Sack“ mündet und sich schließlich gegen alle arbeitenden Menschen richtet. Das endet in einem autoritären Staat, in einem autoritären, letztlich faschistischen System.**

Und die sich jetzt noch als in der „Mitte stehend“ gebenden Konservativen? Die biedern sich an die Rechten an oder sind selbst oft schon stramme Rechte.

Auch SPÖ-, AK- und ÖGB-Spitzen geben oft den Forderungen von Industrie und Rechten nach, statt dagegen zu kämpfen, indem sie sich mit den Menschen verbinden und diese aufklären, mobilisieren und ermutigen bei voller Unterstützung durch AK und ÖGB zu kämpfen. Allein der Appell „Wählt uns, dann seid ihr vor den Rechten sicher“ zieht immer weniger oder gar nicht mehr- und vor allem: Wählen gehen alleine genügt nicht. Die jahrzehntelange Politik im Interesse des Kapitals ebnet den Rechten den Weg. Der Fisch beginnt beim Kopf zu stinken. Die Profitwirtschaft verursacht Wirtschaftskrisen mit Teuerung und Armut, Klimakrise mit Zerstörung von Natur und Umwelt und Krieg mit Hunderttausenden Toten und der Gefahr der atomaren Vernichtung. Auch die politische Rechte ist Teil dieses tödlichen „Spiels“ auf Kosten der Masse der Bevölkerung.

## **Diese Entwicklung stoppen – eine andere Zukunft erkämpfen**

All diese Entwicklungen geben Anlass zu Unbehagen und Angst vor Schlimmeren. Doch Angst ist kein guter Berater, Ärger, Wut oder Empörung sind verständlich und berechtigt, doch letztlich nicht zielführend. Drängen und ermutigen wir die Vertreter:innen der arbeitenden Menschen vom Betriebsrat über Gewerkschaften, AK, ÖGB, SPÖ, Jugend- und Pensionist:innenorganisationen, Klimaschutz- und Friedensbewegungen dazu, aktiv zu werden. Erheben wir uns – gemeinsam und selbständig – niemand anders wird für unsere Lebensinteressen eintreten. Von „denen da oben“ ist nichts zu erwarten. Die denken nur an ihr eigenes Profit-Überleben.

## **Klimachance – Lebenschance**

*Zehn Jahre fahren mit dem Gratisbus bietet die Gemeinde Kaprun im Pinzgau ihren Bürgern an. Gemeinde und Verkehrsverbund haben diese Möglichkeit vertraglich ausgearbeitet.*

*Nach einer Erprobungsphase in den Wintersaisons forderten die Gemeindeglieder von Kaprun den Ganzjahresbetrieb des Gelenkbus- ses, der in den Spitzenzeiten im 15-Minutentakt innerhalb der Orts- grenzen von Kaprun zwischen Zell am See durch Kaprun bis zum Kitz- steinhorn fährt. „Uns war es als Ge- meinde wichtig dem Wunsch der Kaprunerinnen und Kapruner jetzt endlich nachzukommen.“ So der Bürgermeister des Ortes, Domenik David. „Im Gesamten werden hier Kosten deutlich über 130.000 Euro anfallen – wobei man sagen muss, dass die Kosten für den zum Dorf- transportmittel umfunktionierten Schibus vom Tourismusverband und den Bergbahnen mitfinanziert wird“, so der Bürgermeister. Eine wunderbare Aktion! Können doch jetzt die Gemeindeglieder von Kaprun zu einem sehr, sehr großen Teil autofrei leben. Ein angesichts der riesigen Umweltproblematik wichtiges und sehr nachahmenswertes Beispiel!*

# Klimakonferenz COP28

Vom 30. November bis 12. Dezember 2023 findet in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) in Dubai die 28. Klimakonferenz statt. Vor Redaktionsschluss war die Konferenz noch im Gange.

Noch deutlicher als in den vergangenen Jahren zeigte sich von Anfang an, dass diese Konferenz von Industrie-, Öl-, Gas- und Atomlobbys gekapert ist. Wie zum Beweis für die Ausrichtung der Konferenz: Der Vorsitzende der COP28, Sultan Ahmed Al Jaber, ist gleichzeitig der Industrieminister der VAE, Vorstandsvorsitzender der VAE-Ölgesellschaft Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) und bezweifelt, dass der Klimawandel wissenschaftlich bewiesen ist.



Quelle: Wiener Zeitung

Sehr schnell zeigte sich bei der Konferenz, zu der zwischen 70.000 und 100.000 Teilnehmer:innen meist klimaschädlich per Flugzeug angereist sind, dass es um allumfassenden Schacher, um Geld und Geschäft, um großangelegtes Greenwashing und um die Abschwächung der Pariser Klimaziele geht: So soll nicht der Weg zum Ausstieg aus fossiler Energie (z.B. Gas, Öl) und Wegwerfproduktion, aus Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung gegangen, sondern „bestenfalls“ eine Verlangsamung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durchgeboxt werden.

**Die Atomlobby** propagiert Atomstrom mehr denn je als „sauber“ und „CO<sub>2</sub>-frei“. So hat der Vertreter der USA, John Kerry, mit 19 anderen Staaten eine „Atomallianz“ ins Leben gerufen, die die Atomstromproduktion bis 2050 verdreifachen und dafür Geld von „internationalen Finanzinstitutionen“ haben will. Ziel ist es, Atomkraft als „alternative Energie“ zu Öl, Kohle und Gas in einem Abschlussabkommen verhandeln zu können. Doch wir wissen: Atomkraft ist teuer, hochgefährlich und alles andere als klimaneutral – siehe unser Faktenblatt, Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe: [AUFRUF\\_17-2-22\\_end-2.pdf](https://atomgegner.at/AUFRUF_17-2-22_end-2.pdf) ([atomgegner.at](https://atomgegner.at))

**Die Ölmultis**, ebenfalls reichlich – auch im wahrsten Sinne des Wortes – auf der COP28 vertreten, wollen sich als grüne „Zwischentechnologie“ auf Jahrzehnte weiter im Geschäft halten. Wie? So will einer der

größten und schon bisher für weitreichende Umweltzerstörung bekannte Ölmulti, Exxon-Mobil (erinnerlich die Exxon-Valdez-Ölkatastrophe vor Alaska, 1989 \*), mit 50 anderen Öl- und Gasproduzenten bis 2030 die Methan-Freisetzung nahezu auf Null senken. Das würde 100 Mrd. Dollar kosten, was nicht einmal 3% des Nettoeinkommens der globalen Öl- und Gasindustrie im Jahr 2022 entspricht. Zudem ist die Vereinbarung nicht verbindlich und hat Exxon-Mobil gerade ihren Konkurrenten Pioneer Natural Resources für 60 Mrd. Dollar aufgekauft und will im Permian-Becken, im Südwesten der USA, gewaltige Mengen an Schieferöl erschließen (Die Presse, 4.12.2023).

So wie man den Atommüll nicht durch Stilllegung der AKWs reduzieren, sondern dadurch „verschwinden“ lässt, indem man ihn unter die Erde vergraben will, soll jetzt als „Lösung“ der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht wirklich reduziert, sondern mittels CO<sub>2</sub>-Abscheidung aus der Atmosphäre und Speicherung unter der Erde als „Ausweg“ hingestellt werden. So sollen die alten Profite gesichert und neue Profite erschlossen werden.

Für Menschen und Umwelt bleibt die Katastrophe. Schon jetzt schmelzen die Pole oder Gletscher schneller als angenommen oder versinken schon die ersten Pazifikinseln im Meer. Überall auf der Erde verschlimmern sich durch extreme Stürme, Starkregen, Überflutungen, Schlamm- und Schneelawinen, Bergstürze oder Waldbrände, Trockenheit und Dürre usw., die Lebensbedingungen.

\* Die Exxon Valdez war ein unter USA-Flagge fahrender Öltanker des US-Ölkonzerns Exxon. Das Schiff lief am 24. März 1989 vor Alaska im Prinz-William-Sund auf Grund und löste damit eine Ölpest und eine der größten Umweltkatastrophen der Seefahrt aus.

---

## Ukraine-Krieg

Wird bei uns über den Ukrainekrieg „berichtet“, wird immer der Überfall Russlands auf die Ukraine entweder als aus heiterem Himmel erfolgt oder als Folge der vom Westen nicht abgewehrten Annexion der Krim durch Russland hingestellt. Wir haben immer nachgewiesen, dass der Krieg eine Vorgeschichte hat, die im Jahr 2013 mit dem Maidan-Putsch gegen den gewählten Präsidenten Janukowitsch begann. Jetzt hat Präsident Selenskyj dies anlässlich des 10. Jahrestages selbst bestätigt, indem er die Maidan-Proteste als den „ersten Sieg über Russland“ bezeichnete.

<https://orf.at/stories/3340497/>

---

## EU will 50 Milliarden mehr für Krieg

Die EU-Kommission will bis Ende 2027 66 Mrd. Euro mehr an Budget. Allein 50 Mrd. Euro davon wären Budgethilfe für die Ukraine. Immer mehr Menschen in der EU, noch mehr weltweit, lehnen das ab, wollen statt weiteren Milliarden für den Krieg, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. **Daher verwundert es nicht, dass lt. jüngster „Eurobarometer“-Umfrage nur 42% der Österreicher:innen die EU-Mitgliedschaft Österreichs positiv bewerten.**

---

In eigener Sache

## **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

Ab nächstem Jahr wird unsere Aussendung/Zeitung einen neuen Kopf erhalten (siehe unten). Der Grund ist, dass wir ja schon seit Jahren mit dem „Österreichischen Solidaritätskomitee“ kooperieren, wechselweise Artikel austauschen und abdrucken und uns auch beim öffentlichen Auftreten, sei es bei Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Kundgebungen oder z.B. am 1. Mai und am 26. Oktober Nationalfeiertag, Tag der Neutralität, usw. gegenseitig unterstützen. Da auch der Versand der Printausgaben immer teurer wird, wollen wir unsere Aussendungen/Zeitungen zu einer zusammenlegen und die gegenseitigen Erfahrungen und Kräfte gemeinsam einsetzen. Ansonsten bleiben die beiden Vereine weiterhin selbständig aktiv und bestehen. Herausgeber sind auch in Zukunft die „Gewerkschafter gegen Atomenergie“.

**Wir danken** für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Sozialabbau, Demokratieabbau, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKWs und Klimawandel. Eintreten für: Solidargesellschaft statt Profit- und Wegwerfwirtschaftsdiktat, für Nachhaltigkeit, gutes Leben für alle, für Frieden und die immerwährende Neutralität Österreichs! **Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer Leser:innen und Aktivist:innen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

**Mit kollegialen Grüßen**

**„Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg“**



# **Solidarität**

## **unsere Chance**

**Gewerkschafter:innen**  
gegen Atomenergie und Krieg  
[ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) \* [atomgegner.at](mailto:atomgegner.at)

**ÖSTERREICHISCHES**  
**SOLIDARITÄTSKOMITEE**  
Plattform pro Sozialversicherung  
[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) \* [prosv.at](mailto:prosv.at)

Nummer 1

\*

[solidaritaet@gmx.at](mailto:solidaritaet@gmx.at)

\*

2024

### **Spendenkonto**

bei der BAWAG P.S.K.

**IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650**

BIC: BAWAATWW; **Empfänger\*in:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

**Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida



Österreichische Post AG  
**SM 20Z042140 S**  
Gewerkschafter gegen Atomenergie  
Stiftgasse 8, 1070 Wien

**Datenschutzerklärung** siehe:

[www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum](http://www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum)